

jahr 1991: 8,3 Mrd.US\$). Die chinesischen Exporte stiegen um 13,8% (4,8 Mrd.US\$) und die Importe um 33,5% (5,4 Mrd.US\$). Die Struktur der chinesischen Exporte nach Japan hat sich in den letzten Jahren mit einem Anteil von rund 50% von Fertigwaren deutlich verändert. Den größten Exportanteil mit 30% machen Textilien aus. Hohe Wachstumsraten wiesen die Importe im 1.Halbjahr 1992 insbesondere bei maschinellen Ausrüstungen, Elektronikprodukten und Spezialfahrzeugen auf. Besonders gestiegen sind die japanischen Exporte von High-Tech-Produkten mit einem Wert von 600 Mio.US\$. (NfA, 14.9.92) Schätzungen zufolge könnte das Handelsvolumen im gesamten Jahr 1992 auf 24-26 Mrd.US\$ steigen.

Japan ist für China der zweitwichtigste Handelspartner in Asien hinter Hongkong mit einem Anteil der Importe von 15,7% und der Exporte von 14,3%. Werden die Reexporte Chinas über Hongkong in die USA berücksichtigt, steht Japan an dritter Stelle als Exportmarkt. In diesem Jahr wird erwartet, daß China den zweiten Platz als wichtigster Handelspartner Japans hinter den USA einnehmen wird.

Japanisches Kapital, einschließlich Kredite und Direktinvestitionen, floß in einer Höhe von rd. 3 Mrd.US\$ im Jahre 1990 nach China. Davon waren 2,5 Mrd.US\$ Kredite und 503 Mio.US\$ Direktinvestitionen (realisiert). Im letzten Jahr betrug das wertmäßige Volumen der japanischen Kapitalströme insgesamt 1,89 Mrd.US\$ und die (realisierten) Direktinvestitionen stiegen auf 532,5 Mio.US\$. (Zhongguo Tongji Nianjian, 1992, S. 642). Einem Bericht der NfA vom 8.4.92 nach, der sich auf japanische Quellen stützt, seien 1991 insgesamt 700 Mio.US\$ japanische Direktinvestitionen [Vertragswert ?] nach China geflossen. Der überwiegende Teil der sino-ausländischen Kooperationsunternehmen konzentrierte sich auf die Küstenprovinzen Guangdong, Fujian und Jiangsu.

Verstärkte japanische Investitionstätigkeit läßt sich jedoch auch in Nordostchina feststellen. So ist beispielsweise die Hafenstadt Dalian (Provinz Liaoning) beliebtes Investitionsziel japanischer Unternehmen. Auf Dalian sollen bereits 20% der gesamten Direktinvestitionen mit Schwerpunkten in der High-Tech-Industrie entfallen. (HB, 23./24.10.92; SCMP, 26.8.92)

Für das laufende Jahr erwartet das chinesische Ministerium für Wirtschaftsbeziehungen und Handel mit dem Ausland einen Anstieg der Direktinvestitionen auf 1,6-2 Mrd.US\$. (FEER, 22.10.92, S. 53). Akkumuliert sollen die japanischen Investitionen nach chinesischen Angaben bis März 1992 einen Vertragswert von 4,2 Mrd.US\$ erreicht haben; realisierte Investitionen belaufen sich auf die Höhe von 3,2 Mrd.US\$. Insgesamt sollen bis zu diesem Zeitpunkt 2.097 Joint Ventures und Unternehmen mit 100%igem japanischen Kapitalanteil errichtet worden sein. (XNA, 21.10.92)

Ende Oktober d.J. wurde der Plan über ein Kooperationsprojekt zwischen China und Japan über den Bau eines Petrochemiekomplexes in der Provinz Liaoning bekannt. Sechs japanische Generalhandelshäuser sowie die China National Petroleum Corp., die China Petrochemical Corp., die National Gas Corp. sowie das Ministerium für Chemieindustrie und die Provinzregierung Liaoning auf der chinesischen Seite sind an dem Projekt beteiligt, das ein Investitionsvolumen von 500 Mrd.Yen (6,3 Mrd.DM) bis zum Jahre 2000 umfaßt. (HB, 27.10.92) Dies stellt das bislang größte Investitionsvorhaben japanischer Unternehmen in China dar.

Auch 1992 fließen zinsgünstige japanische Regierungskredite nach China. So hat Japan der VR China einen Kredit in Höhe von 1,8 Mrd. DM (137,33 Mrd.Yen) zugesagt. Dieser Kredit ist Teil der 1992er Tranche einer Gesamtkreditzusage von 810 Mrd.Yen für den Zeitraum 1990-95. Der Kredit hat eine Laufzeit von 30 Jahren bei 10 Freijahren, einer Verzinsung von 2,6% und ist bestimmt für den Bau von 21 Projekten, darunter ein Wasserkraftwerk am Yangtse. (NfA, 9.10.92)

Aufgrund der komplementären Ressourcenausstattung und Güterströme bestehen durchaus gute Aussichten für eine weitere Stärkung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. China erwartet vor allem von Japan Unterstützung bei der wirtschaftlichen Modernisierung durch mehr Investitionen und Technologietransfer, während Japan vor allem den chinesischen Konsumgütermarkt erschließen will. Japanische Regierungskredite spiegeln gleichzeitig auch das strategische Interesse an einem stabilen und ökonomisch entwickelten China wider. -schü-

---

## Binnenwirtschaft

---

\*(33)

### Wirtschaftliche Entwicklung bis zum 3. Quartal 1992

Nach Angaben des Staatlichen Statistikamtes betrug die *Wachstumsrate des BSP* bis zum 3.Quartal 1992 im Vergleich zur Vorjahresperiode 10,6% (1704 Mrd.Yuan). Der *industrielle Bruttoproduktionswert* stieg im genannten Zeitraum um 19,3%; die *Zuwachsrate* in der Leichtindustrie belief sich auf 17% und die der Schwerindustrie auf 21,5%. (RMRB, 23.10.92, S. 1; NZZ, 30.10.92)

Die hohe Wachstumsrate der Industrieproduktion ist dem Sprecher des Staatlichen Statistikamtes, Zhang Zhongji, zufolge vor allem auf die gestiegene Nachfrage nach Investitionen und Ausweitung des Außenhandels zurückzuführen. Der Anstieg der *Anlageinvestitionen* bis zum 3.Quartal wird mit 36,3% bzw. 241,1 Mrd. Yuan angegeben. Dies sei die höchste *Zuwachsrate* seit 1986.

Trotz erhöhter Importe konnte ein Handelsbilanzüberschuß erzielt werden. Bis zum 3.Quartal stieg das Außenhandelsvolumen auf 110 Mrd.US\$; 18,6% mehr im Vergleich zur Vorjahresperiode. Die chinesischen Exporte betragen 57,5 Mrd.US\$ (+16,2%), und die Importe beliefen sich auf 52,5 Mrd.US\$ (+21,4%). Hohe *Zuwächse* soll vor allem der Grenzhandel erbracht haben, der sich mit einem Wert von 1,19 Mrd.US\$ verdoppelte. (RMRB, 23.10.92; ASWJ, 8.10.u.23./24.10.92)

Der Anstieg der Industrieproduktion war nur in beschränktem Maße von einer Verbesserung der wirtschaftlichen Effizienz der Staatsbetriebe begleitet. Den Anteil der Verluste machenden Staatsunternehmen gibt Zhang Zhongji mit 31,3% an. Ihre Verluste sollen 23 Mrd. Yuan betragen haben; vor allem die Kohleindustrie habe durchgängig Verluste aufzuweisen. Allerdings weise der Anstieg der Gewinne und Steuern um 18,9% gegenüber der Vorjahresperiode auf eine Erholung der Staatsbetriebe hin. Auch sollen bis zum 3.Quartal insgesamt 96,4% der

Industrieproduktion verkauft worden sein; im 2.Quartal habe diese Quote 94% und im 1.Quartal 90% betragen. (RMRB, 23.10.92; CD, 23.10.92; NZZ, 24.20.92)

Hohe Zuwachsraten entfielen auf die Produktion von Stahl (13,7%), Zement (21,6%), spanabhebenden Maschinen (36,9%), Kfz (49,6%), Eisenbahnwagen (11,2%), Strickwolle (31,5%) sowie Zucker (37,4%).

Der Einzelhandelsumsatz im genannten Zeitraum erhöhte sich um 14,4%, während der Einzelhandelspreisindex um 4,8% stieg. Der Lebenshaltungskostenindex erhöhte sich um 5,4%. Die Großhandelspreise verschiedener Produktionsmaterialien sollen um 10% zugenommen haben.

Zhang Zhongji weist auf inflationäre Tendenzen in großen und mittelgroßen Städten hin, insbesondere in den Städten Huhhot, Urumqi, Tianjin, Shanghai, Xining und Kunming; hier sei der Einzelhandelspreisindex um 13% von Januar bis September 1992 gestiegen. Die durchschnittliche Inflationsrate in den 35 großen und mittleren Städten betrage insgesamt 10,4%; in Xining sogar 15%. Der Preisanstieg ist nach Zhang auf die Anhebung staatlich subventionierter Preise für Getreide, Wasser, etc. zurückzuführen. Insgesamt seien die staatlichen Subventionen um 26% auf 13 Mrd. Yuan reduziert worden. Für 1992 geht Zhang davon aus, daß der geplante Anstieg der Inflationsrate in Höhe von 6% überschritten wird. (CD, 23.10.92; AWSJ, 23./24.10.92)

Die Lohnsumme der Angestellten und Arbeiter erhöhte sich um 15,6%; auch die Einkommen der Bauern sollen gestiegen sein (Umfang wurde nicht genannt). (RMRB, 23.10.92)

Bis zum 3.Quartal stiegen die Steuereinnahmen um 12,9% auf 218,5 Mrd. Yuan, allerdings seien die staatlichen Ausgaben schneller als die Einnahmen gewachsen. (CD, 23.10.92)

Ausländische Investitionen nahmen auch in der Periode Januar bis September 1992 zu. Der Vertragswert der neu genehmigten 28.000 Projekte wird mit 36,4 Mrd.US\$ angegeben, davon sollen rund 11,7 Mrd.US\$ (+52%) realisiert worden sein. (AWSJ, 23./24.10.92). Die China Daily vom

17.10.92 berichtet dagegen von einem Vertragswert von 30,66 Mrd.US\$ und realisierten Investitionen in Höhe von 6,6 Mrd.US\$ für insgesamt 27.000 genehmigte Projekte. Von der Gesamtzahl der Projekte sollen rund 19.000 Equity-Joint Ventures (Vertragswert 14,8 Mrd.US\$) und 5.200 Unternehmen mit ausschließlich ausländischem Kapital (Vertragswert 9 Mrd.US\$) sein. Die Zahl der Vertrags-Joint Venture belief sich auf 3.400 mit einem Vertragswert der Investitionen in Höhe von 6,8 Mrd.US\$. -schü-

\*(34)

### 'Sozialistische Marktwirtschaft' als neues Konzept für die wirtschaftliche Entwicklung

Auf dem 14.Parteitag der KPCh im Oktober d.J. stand das Konzept einer 'Sozialistischen Marktwirtschaft' im Zentrum der Diskussion. Grundlage war der Bericht von Parteisekretär Jiang Zemin "Die Reform, die Öffnung und die Modernisierung beschleunigen, um noch größere Siege für den Sozialismus chinesischer Prägung zu erringen", dessen Inhalt mit wenigen Änderungen von den Delegierten angenommen wurde. (RMRB, 21.10.92; SWB, 14.10.92; BRu, 27.10.92) Im folgenden sollen die wesentlichen Aussagen Jiang Zemins zu Ausführungen im Zusammenhang mit der 'Sozialistischen Marktwirtschaft' näher betrachtet werden.

- Im Bericht Jiang Zemins wird die 'Sozialistische Marktwirtschaft' als Teil der 'Theorie zum Aufbau des Sozialismus mit chinesischen Merkmalen' dargestellt. Diese gehe davon aus, daß ein eigenständiger chinesischer Weg beim Aufbau des Sozialismus gewählt werden müsse. Hierbei diene der Marxismus als Leitprinzip und die Praxis als Entscheidungskriterium für die Richtigkeit des gewählten Weges.

- Da sich China noch im Anfangsstadium des Sozialismus befinde, das noch mindestens 100 Jahre dauere, sei von den derzeitigen Bedingungen bei der Entscheidung über Maßnahmen und Richtlinien zur Entwicklung des Sozialismus auszugehen.

- Während der Sozialismus die Aufgabe habe, die Wirtschaftskräfte zu entfalten, die Ausbeutung und Pola-

risierung zu beseitigen und schließlich einen Zustand des allgemeinen Wohlstandes zu verwirklichen, sei die derzeitige Situation in China durch ein Auseinanderfallen von zunehmenden materiellen und kulturellen Bedürfnissen der Bevölkerung einerseits und einem rückständigen wirtschaftlichen Entwicklungsniveau andererseits gekennzeichnet.

- Um diesen Widerspruch aufzuheben, müsse die Entwicklung der Wirtschaft in den Mittelpunkt aller Anstrengungen gestellt werden. Das Kriterium für die Beurteilung von Erfolg oder Mißerfolg dieser Anstrengungen sei, ob hierdurch die Wirtschaftsentwicklung gefördert, die nationale Stärke erhöht und der Lebensstandard der Bevölkerung verbessert werde.

- Die Modernisierung Chinas könne nur durch die Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftsreformen realisiert werden. Das Ziel der Wirtschaftsstrukturreform sei der Aufbau einer 'Sozialistischen Marktwirtschaft', die auf dem öffentlichen Eigentum und der leistungsbezogenen Entlohnung als Kernstück unter Einbeziehung anderer Eigentums- und Verteilungsformen basiere.

- Jiang Zemin geht in seinem Bericht explizit auf die Vorstellungen Deng Xiaopings über den Zusammenhang von Plan und Markt ein, die lediglich unterschiedliche Koordinationsmechanismen darstellten und keineswegs als Unterscheidungskriterium zwischen Sozialismus und Kapitalismus herangezogen werden könnten. Die These, daß Plan und Markt sozusagen 'systemneutral' seien, erlaube es, ideologische Fesseln abzustreifen. Weiterhin zeige die Praxis, daß in den Regionen Chinas, die bereits relativ gut entwickelte Märkte aufwiesen, die wirtschaftliche Dynamik auch am stärksten sei. Dementsprechend sei es notwendig, die Wirtschaftsstrukturreform fortzusetzen und eine 'Sozialistische Marktwirtschaft' zu schaffen.

- Ziel des Aufbaus der 'Sozialistischen Marktwirtschaft' sei es, dem Markt, der wiederum der markroökonomischen Steuerung unterliegt, die Hauptfunktion bei der Allokation der Ressourcen zu übertragen. Über den Preismechanismus und durch

Wettbewerb könnten die Ressourcen in Bereiche mit höherer Wirtschaftlichkeit gelangen und damit notwendige Verhaltenssignale an die Unternehmen vermittelt werden. Allerdings müßten auch die negativen Seiten des Marktes und seine Schwächen gesehen und deshalb die makroökonomische Steuerung verstärkt werden.

- Die Errichtung einer 'Sozialistischen Marktwirtschaft' in den 90er Jahren erfordere im wesentlichen vier strukturelle Reformen. Hierzu zähle die Reform der Staatsbetriebe durch Trennung von Eigentums- und Bewirtschaftungsrecht und ihre Loslösung von Regierungsverwaltungen, damit die Staatsunternehmen autonome Wirtschaftseinheiten werden können. Sie sollen für Gewinn und Verlust selbst verantwortlich sein und auf dem Markt konkurrenzfähig werden. Das bereits bestehende Vertragssystem [zwischen Betriebsleiter und lokalen Verwaltungseinheiten] müsse weiter verbessert werden und Experimente mit Aktiengesellschaften, die eine Trennung von Regierung und Unternehmen unterstützen, aktiv weiter fortgesetzt werden. Auch die Bildung von Unternehmensgruppen sowie der Kauf oder die Pachtung kleiner Staatsbetriebe durch Kollektive oder Privatpersonen solle fortgesetzt werden.
- Der Aufbau der 'Sozialistischen Marktwirtschaft' verlange weiterhin die beschleunigte Entwicklung von Märkten. Der Konsumgütermarkt und insbesondere der Markt für Produktionsmaterialien müsse weiter ausgebaut werden. Auch der Kapitalmarkt, einschließlich des Wertpapiermarktes, der Markt für Technologien und Informationen, der Arbeitsmarkt sowie der Immobilienmarkt sei mit dem Ziel eines landesweit einheitlichen Marktes weiter zu entwickeln. Da die Preisreform im Zentrum der Entwicklung von Märkten und Wirtschaftsstrukturreform stehe, müsse diese beschleunigt vorangetrieben werden.
- Gleichzeitig seien Reformen bei der Verteilung von Einkommen und Steuern und bei der sozialen Sicherung durchzuführen. Hierzu zähle die Verbesserung der Verteilungsrelationen zwischen Staat und Betrieben sowie zwischen Zentralregie-

rung und lokalen Regierungsverwaltungen mit einer schrittweisen Trennung von Gewinnen und Steuern und einem System der Steueraufteilung. Das Entlohnungssystem und die Mechanismen zur Lohnsteigerung seien schrittweise dahingehend zu reformieren, daß sie den unterschiedlichen Charakteristiken der Betriebe, Institutionen und Regierungsverwaltungen entsprechen. Weiterhin müsse so bald wie möglich ein soziales Sicherungssystem für Arbeitslose, Rentner und Krankenversicherungssystem geschaffen und die Reform des Wohnungswesens gefördert werden.

- Voraussetzung für den Aufbau der 'Sozialistischen Marktwirtschaft' sei die Veränderung der Regierungsfunktionen. Im wesentlichen bedeute dies die Trennung von Unternehmens- und Regierungsfunktionen. Weder die Zentralregierung noch die lokalen Regierungsverwaltungen dürften die Rechte der Unternehmen einschränken. Die Hauptaufgabe der Regierung sei die einheitliche Planung und die Anleitung der Unternehmen über Lieferung von Informationen, über Koordinierung und Angebot von Dienstleistungen. Die Verwaltungsstrukturen in den Bereichen Planung, Investitionen, Finanzen, Bankwesen und in anderen speziellen Abteilungen müßten weiter reformiert und gleichzeitig die Bereiche Rechnungsprüfung und Wirtschaftskontrolle verstärkt werden.

Jiang Zemin weist in seinem Bericht auch auf die Notwendigkeit eines höheren Wachstumstempos hin. Statt der ursprünglich festgelegten Zuwachsrates des BSP von durchschnittlich 6% im Jahr, sei vielmehr eine Zunahme von 8-9% jährlich anzustreben. Dies mache eine Überarbeitung des 8.Fünfjahresplanes (1991-95) erforderlich.

Obwohl das Konzept der 'Sozialistischen Marktwirtschaft' in vielen Aspekten als 'ideologischer Spagat' erscheint, wird damit doch ein pragmatischer Weg der wirtschaftlichen Entwicklung aufgezeigt, der breiten Raum für die Entstehung von Märkten und Wettbewerb läßt. Auch erscheint die Richtungsvorgabe wichtig, da sie die längerfristigen Erwartungen und Entscheidungen sowohl in- als auch ausländischer Investoren beeinflusst. Vor

dem Hintergrund der vielfältigen strukturell bedingten Probleme in der chinesischen Wirtschaft, wird die Durchsetzung der Wirtschaftsstrukturreform unabdingbar mit größeren Instabilitäten verbunden sein. Die mit der Weiterentwicklung von Märkten verbundene neue Eigendynamik wird jedoch noch weitere pragmatische Zugeständnisse erforderlich machen und durchaus den derzeit gesetzten Rahmen der 'Sozialistischen Marktwirtschaft' sprengen können. -schü-

\*(35)

#### Kommentare chinesischer Ökonomen zur 'Sozialistischen Marktwirtschaft'

Auf den Unterschied zwischen einer sozialistischen und kapitalistischen Marktwirtschaft weist *Liu Guoguang*, stellvertretender Präsident der Akademie der Sozialwissenschaften, hin. Öffentliches Eigentum sei die wichtigste Kraft in der sozialistischen Wirtschaft, die durch den Privatsektor und Unternehmen mit ausländischen Kapital ergänzt würde. Alle Wirtschaftssektoren und Unternehmen ständen im gleichberechtigten Wettbewerb und die führende Position der staatseigenen Wirtschaft werde durch den Wettbewerb am Markt realisiert.

Bei der Einkommensverteilung sei die leistungsbezogene Verteilung die Hauptform, die durch andere Formen ergänzt würde. Das Verteilungssystem betone sowohl Effizienz und Gerechtigkeit und wende den Marktmechanismus zur angemessenen Ausweitung von Lohnunterschieden und zur Effizienzsteigerung an, um schrittweise das Ziel eines allgemeinen Wohlstandes zu erreichen.

Im politischen Bereich sei der wichtigste Aspekt des sozialistischen Systems Chinas die Führung durch die KPCh, die vollkommen dem Interesse der Bevölkerung und nicht dem bestimmter Gruppen oder Einzelpersonen diene.

Insgesamt sei die sozialistische eher als die kapitalistische Marktwirtschaft geeignet, die sozialen und individuellen Interessen in der Gesellschaft zu integrieren, da sie durch die KPCh geleitet werde, auf öffentlichem Eigentum basiere und das Ziel des allgemeinen Wohlstands verfolge. (SWB, 17.10.92)

Ma Hong, Leiter des Forschungsinstituts für Entwicklung beim Staatsrat, wies darauf hin, daß eine ganze Reihe

von Veränderungen notwendig würden, um die derzeitige 'Geplante Warenwirtschaft' durch eine 'Sozialistische Marktwirtschaft' zu ersetzen. Hierzu zählt Ma Hong u.a.: (XNA, 15.10.92)

- Die Veränderung des Eigentumssystems durch die Reform der Staatsbetriebe und ihre Reorganisation in öffentliche Aktiengesellschaften.
- Unternehmen und Einzelpersonen als wichtigste Kräfte in der Wirtschaft ersetzen staatliche Aktivitäten.
- Die Unternehmensrisiken werden durch die Unternehmen und Einzelpersonen und nicht mehr von der Regierung und der Gesellschaft [?] getragen.
- Die wirtschaftlichen Strategien der Unternehmen basieren auf Eigenständigkeit und nicht mehr auf Abhängigkeit.
- Die Beziehungen zwischen Unternehmen und Regierung verändern sich von einer Mischung aus Regierungsverwaltung und Unternehmensmanagement hin zu einem Muster, bei dem die Unternehmen keiner Verwaltungseinheit mehr [direkt] unterstellt sind.
- Statt direkter Wirtschaftslenkung geht die Regierung zu indirekter über.
- Die Arbeitskräfte können sich selbst eine Beschäftigung suchen, und nicht der Staat führt die Arbeitskräftezuweisung durch.
- Unternehmen mit unterschiedlichen Eigentumsformen unterliegen denselben Regeln im Wettbewerb.
- Die Preise werden durch den Markt und nicht durch die Regierungsverwaltung bestimmt.

Wu Jinglian, ebenfalls Ökonom am Forschungszentrum für Entwicklung beim Staatsrat und bekannt als Befürworter marktwirtschaftlicher Reformen, vertritt in einem Interview mit *Zhongguo Tongxun She* die Sicht, daß China durchaus in der Lage sei, innerhalb von drei bis fünf Jahren die notwendigen marktwirtschaftlichen Reformen durchzuführen.

Allerdings würden drei Probleme diese Entwicklung erschweren. Hierzu zähle der Boom auf dem Aktienmarkt, dem noch eine solide Grundlage fehle. Der Markt entwickle sich nur unzureichend mit einem zu geringen Aktienangebot im Verhältnis zu den ungenutzten Ersparnissen von über 1.000 Mrd. Yuan. Der extreme Anstieg der Aktienkurse, der nicht unbedingt die Rentabilität eines Unternehmens widerspiegeln könne, könne zu finanziellen und auch sozialen Krisen führen und die Reform behindern.

Wenn die Preisreform nur als ein Mittel angesehen würde, die finanzielle Belastung des Staatshaushalts zu reduzieren und nicht als wesentlich für den Aufbau des Marktsystems und der Ressourcenverteilung, sei nicht mit einer öffentlichen Unterstützung der Preisreform zu rechnen.

Als drittes Problem sieht Wu Jinglian die Abschaffung von Garantien für eine lebenslange Beschäftigung, Positionssicherung und feste Einkommen. Diese Reformen würden zu einer massiven Entlassung von Arbeitskräften führen, die sich dementsprechend gegen die Reformen wenden würden. (SWB, 17.10.92)

Auf die Gefahr der Auslösung sozialer Krisen durch die Reform der Staatsbetriebe soll nach einem Bericht der *International Herald Tribune* vom 14.10.92 auch ein internes Dokument No. 7 eingehen. So sei zu befürchten, daß durch Entlassungen in größerem Umfang Unruhen in der Bevölkerung ausgelöst würden. Dementsprechend sei das Problem der Aufrechterhaltung der Stabilität als Voraussetzung für die Durchführung der Reformen ernstzunehmen. -schü-

\*(36)

**Guangdong will fünfter 'Kleiner Tiger' werden**

Lu Ruihua, stellvertretender Gouverneur der Provinz Guangdong, stellt in *China Daily* (Autumn Trade Fair Supplement) vom 19.10.92 den Plan der Provinz Guangdong vor, innerhalb von 20 Jahren neben Taiwan, Hongkong, Südkorea und Singapur ein fünfter 'Kleiner Tiger' zu werden.

Die Entwicklungsplanung Guangdongs umfasse zwei Phasen. Die erste soll bis zum Jahre 2000 abgeschlossen sein und

die zweite im Jahre 2010. Dem Plan nach sollen bis zum Jahre 2000 ein Drittel der Kreise in der Provinz Guangdong das Entwicklungsniveau Taiwans und Südkoreas eingeholt haben, während der Entwicklungsstand der gesamten Provinz demjenigen Taiwans und Südkoreas pro Jahre 1990 entsprechen soll. Die Erreichung dieser Ziele mache eine durchschnittliche Wachstumsrate des BIP von 12,9% im Jahr notwendig. In den folgenden zehn Jahren werde von einer Wachstumsrate von 12,4% ausgegangen, um eine umfassende Wirtschaftsentwicklung in der zweiten Phase zu realisieren.

Daß Taiwan und Südkorea als Ziele ausgewählt worden seien, ist Lu Ruihua zufolge auf die Ähnlichkeiten der Provinz Guangdong mit diesen Vorbildern zurückzuführen. So weise Guangdong mit einem hohen Anteil ländlicher Bevölkerung fast dieselbe Einwohnerzahl wie Taiwan und Südkorea zusammen auf. Hongkong und Singapur dagegen seien städtische Wirtschaften.

Der Entwicklungsplan der Provinz Guangdong umfaßt folgende Bereiche:

**Energiesektor:**

Die jährliche Zuwachsrate der Elektrizitätserzeugung soll 13,6% betragen, um den geschätzten Anstieg des Bedarfs von jährlich 10,6% befriedigen zu können. Die Entwicklung von Wärmekraftwerken wird in der ersten Phase betont werden, während die Stromerzeugung durch Atomkraftwerke in den zweiten Phase dominieren wird.

**Transportsektor:**

Bis zum Jahre 2010 will die Provinz ein Straßennetz von 107.000 km bauen. Gleichzeitig sollen Wasserstraßen in einer Länge 2.630 km ausgebaut werden, 465 neue Kaianlagen errichtet und die Umschlagskapazität der Häfen auf 560 Mio.t erhöht werden. Außerdem sollen 193 neue Schiffe mit einer Tonnage von 59,4 Mio. und 8.800 Passagierplätzen gebaut werden. Weiterhin ist der Bau von 1.500 km Eisenbahnstrecken vorgesehen, so daß das Eisenbahnnetz die meisten Städte verbinden kann. Außerdem sollen Flughäfen in Huizhou, Zhanjiang, Meixian, Shaoguan, Shantou, Luoding, Maoming, Shanwei und Guangzhou gebaut werden.

**Telekommunikation:**

Geplant ist die Einrichtung von 38,2 Mio. Telefonanschlüssen. Bis zum Jahre 2010 sollen 48,2% der Bevölkerung einen Telefonanschluß haben.

**Industrie:**

Im Zentrum der industriellen Entwicklung sollen die chemische und petrochemische Industrie stehen sowie Industriezweige, die die Entwicklung der Landwirtschaft unterstützen. Ihre Produktionskapazität soll drastisch erhöht werden. Weiterhin ist die Renovierung der zwei Eisen- und Stahlkombinate von zentraler Bedeutung in Shaoguan und Guangzhou vorgesehen sowie der Neubau des Eisen- und Stahlkombinats Zhujiang. Auch der Bau einer großen Produktionsanlage für Glas ist geplant.

**Außenwirtschaftliche Öffnung und Handel:**

Die exportorientierte Industrieentwicklung soll weiter gestärkt werden. Das bestehende Außenhandelssystem werde weiterentwickelt innerhalb eines Rahmens starker Unternehmensgruppen und Industrieunternehmen als Rückgrat. Die Provinz beabsichtigt, die östlichen und westlichen Gebiete sowie die Bergregionen weiter zu öffnen, damit diese arbeitsintensive Industrien absorbieren können, die sich aus den Küstengebieten zurückziehen. Gleichzeitig werde sich der High-Tech-Industriegürtel am Perlfuß-Delta formieren. Die Sonderwirtschaftszonen und offenen Küstenregionen werden sich auf die Entwicklung von High-Tech, large-scale sowie wirtschaftlich effizienten und ökologisch verträglichen Industrien konzentrieren.

**Reibungslos laufende, vielfältig offene Marktwirtschaft:**

Es soll ein Dienstleistungs- und Handelssystem mit Guangzhou als Zentrum aufgebaut werden, das die Städte und ländlichen Gebiete sowie Groß- und Einzelhändler verbindet. Gute Qualität und guter Service sollen betont werden, um den Absatz von Produkten aus Guangdong auf anderen Märkten zu verbessern.

**Dienstleistungsindustrie:**

Mit einer jährlichen Wachstumsrate von 14,6% jährlich soll die Dienstleistungsindustrie gestärkt werden. Bis zum Jahr 2010 soll das Outputverhältnis von Landwirtschaft, Industrie und Bauwesen sowie Dienstleistungsindustrie 5:31:64 betragen.

**Entwicklung von Wissenschaft und Technologie:**

Bis zum Jahre 2010 soll durch Technologieentwicklung ein Beitrag von 50% zum wirtschaftlichen Wachstum geleistet werden. Geplant ist, die Produktivität pro Arbeitskraft um 10,2% pro Jahr zu erhöhen. Die Zahl des wissenschaftlichen Forschungspersonals soll von derzeit 29.800 auf 720.000 gesteigert werden. Gleichzeitig ist eine Erhöhung der Finanzmittel für Forschung und Entwicklung von derzeit 0,39% auf 4% des BIP vorgesehen.

**Investitionen:**

Der jährliche Anteil für Investitionen in Anlagevermögen soll durchschnittlich 28,7% betragen. Um dieses Ziel zu erreichen, muß die Nutzung ausländischen Kapitals um jährlich 11,1% erhöht werden. Außerdem soll die Finanzierung über Aktien und Renten verstärkt werden.

**Bevölkerungskontrolle und Lebensstandard:**

Bis zum Jahr 2010 soll die Einwohnerzahl nicht 80 Mio. übersteigen. Ein Anteil von 90% der Bevölkerung erfreue sich bis zu diesem Zeitraum eines sozialen Gesundheitsversorgungssystems. Außerdem soll die Wohnfläche pro Einwohner in den Städten bis dahin 25 Quadratmeter betragen und pro Kopf ein Konsumniveau von 7.100 Yuan (Basis: Preise 1990) erreicht werden.

Ob Guangdong diese ehrgeizigen Pläne realisieren kann, bleibt abzuwarten. In den letzten 14 Jahren der Wirtschaftsreformen hat sich die Provinz jedoch besonders dynamisch entwickelt und weist in den Sonderwirtschaftszonen bereits ein vergleichbares Entwicklungsniveau wie andere asiatische Boomtowns auf. -schü-

\*(37)

**Banken sollen Zinssätze bald selbst bestimmen können**

Chen Yuan, stellvertretender Gouverneur der chinesischen Zentralbank, kündigte die Einführung eines Systems flexibler Zinssätze an. Die Reform soll in zwei Schritten erfolgen und zunächst den Finanzinstitutionen, die nicht direkt dem Bankensektor zugehören, das Recht auf autonome Bestimmung der Soll- und Habenzinsen einräumen. Hierdurch soll die Grundlage für eine

spätere marktmäßige Bildung der Zinssätze geschaffen werden. In dieser ersten Phase unterliege die Festlegung der Zinssätze der Spezialbanken jedoch noch der Kontrolle durch die Zentralbank.

In der zweiten Phase soll der Marktmechanismus für die Bildung der Zinssätze gelten, die Zentralbank jedoch noch über die Vorgabe von Bandbreiten regulierend eingreifen können.

Bereits heute sollen die staatlichen Spezialbanken über bestimmte eingeschränkte Rechte zur Bestimmung ihrer Zinssätze verfügen, während die nicht dem Bankensektor zugehörigen Finanzinstitutionen sowie die Sonderwirtschaftszonen über weitergehende Entscheidungsrechte verfügen.

Nach Einschätzung von Chen Yuan beständen gute Voraussetzungen für flexible Zinssätze, da in den letzten 14 Jahren der Reform 75% der Preise für Güter und Dienstleistungen dereguliert worden seien.

Mit Blick auf das Defizit im Staatshaushalt erklärte Chen Yuan, daß dies zukünftig über die Ausgabe von Staatsanleihen und nicht über Zentralbankkredite finanziert werden soll. Hierdurch solle eine zusätzliche Ausweitung der Geldmenge und eine damit verbundene Inflationsgefahr vermieden werden. Chen Yuan zufolge will die Zentralbank zur Steuerung der Geldmenge stärker indirekte Mittel wie Mindestreserve, Zinssätze und Wechselkurse einsetzen. (CD, 14.12.92; NfA, 30.10.92) -schü-

---

## Taiwan

---

\*(38)

**Anerkennung zweier chinesischer Staaten durch Vanuatu?**

Zwischen der Republik Vanuatu im Südpazifik und der Republik China auf Taiwan wurde am 24. September ein gemeinsames Kommuniqué zur gegenseitigen Anerkennung unterzeichnet. Vanuatu unterhält seit 1982 volle diplomatische Beziehungen mit der VR China. Nach der Unterzeichnung des Dokuments sagte Vanuatus Außen-